

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 10 M. monatl. Einzelne Rtn. 40 Pf.
Vertriebspreis: Geschäftsstelle Nr. 2126 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteil 4 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 8 M., unter Eingangs 10 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verrentung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Versicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 23

Freitag, 27. Januar

1922

Dresden, 26. Januar.

Reichskanzlerrede über die Steuerfragen.

(Eigene Meldung.)

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird Reichskanzler Dr. Brüning am heutigen Donnerstag vor dem Plenum des Reichstages seine große Rede über die Steuerfragen halten.

Die Reichseinheit.

Am Sachlichen Landtage leitete der Staatspräsident Dr. Hummel die politische Aussprache durch eine längere Rede ein, in der er erklärte: Der Gedanke an die Reichseinheit ist auch der Leitgedanke der sächsischen Regierung. Die Zusammenkünfte präsidierender Mitglieder einzelner Länder sind geeignet, eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen. Bei der Münchener Zusammenkunft ist bei allen Staatsmännern deutlich die Ansicht zutage getreten, daß der Wiederaufbau der Länder und des Reiches nur auf dem Boden der gegenseitigen Staatsform und der geltenden Verfassung ermöglicht werden kann. Auch hat die Zusammenkunft bewiesen, daß die bayerische, württembergische und sächsische Regierung von dem Geiste gleicher Loyalität gegenüber dem Reiche erfüllt sind.

Der deutsche Zahlungs- und Garantievorschlag.

(Eigene Meldung.)

Wie wir von untermittelter Seite erfahren, haben am gestrigen Nachmittage, nachdem man in der Regierung den Eindruck gewonnen hatte, daß nunmehr das Steuerkompromiß geschickt sei, längere Beratungen der maßgebenden Regierungsdirektoren stattgefunden, die sich mit der Formulierung des deutschen Zahlungs- und Garantievorschlags befaßten. Die Formulierung wird längere Zeit in Anspruch nehmen und erst heute Mittag beendet werden können. In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß der Reichskanzler über die der Entente unterbreiteten Vorschläge den Parteiführern Bericht erstatten wird. Die Regierung glaubt, nach der Berechnung, die sie auf Grund der durch das Kompromiß geschaffenen Steuereinnahmen machen konnte, der Entente vorzuziehen zu können, daß Deutschland in der Lage sei, bestimmte, wenn auch kleine, Goldzahlungen zu leisten. Die Höhe dieser Goldzahlungen war bisher nicht zu erfahren. Im wesentlichen aber läuft der deutsche Vorschlag darauf hinaus, daß Deutschland sich verpflichtet, bedeutend größere Zahlungen zu machen, als es bisher der Fall war, um durch diese Sachleistungen den Ausfall der Goldzahlungen weitzumachen. Wegen des Papiergeldumlaufes ist die deutsche Regierung nicht in der Lage, bindende Zusicherungen zu geben und schlägt in dieser Frage deshalb weitere Verhandlungen vor.

Das Reichskabinett wird heute vormittags zu einer Besprechung über die Antwort an die Reparationskommission zusammengetreten. Die Antwort soll soweit fertiggestellt sein, daß nur noch die Punkte ergänzt zu werden brauchen, deren endgültige Formulierung vor dem Zusammenkommen des Steuerkompromisses nicht möglich war. Die Antwort ist bereits im Laufe des heutigen Tages der Kriegsausschusskommission übermittelt worden.

Tagung der Heereskammer.

(Eigene Meldung.)

In Gegenwart des Reichswehrministers begann gestern die Wintertagung der Heereskammer. Auf der Tagesordnung standen Mitteilungen betreffend die Verdringung der während der Sommertagung angenommenen Anträge, Beratung eines Gesetzentwurfes über die Änderung des Wehrmachtverordnungsrechtes und die Einziehung der Soldaten in das dritte Buch der Reichsversicherungsverordnung und das Versicherungsrecht für Knechtlinge.

Die Verständigung.

Wochen hindurch sind die Meinungen über die Steuerfragen auseinandergegangen. Die Regierung bemühte sich vergeblich, Grundlagen zu einem Steuerkompromiß zu finden. Sie stieß bei jeder Partei auf Schwierigkeiten. Nur dem Druck durch die Entente, dem Druck der Verhältnisse ist es zu danken, daß schließlich sich Besprechungen anbahnten, die nunmehr zum Abschluß eines Kompromisses geblieben sind. Es hat lange gedauert, bis man die Grundzüge des Kompromisses formulieren konnte, daß die Verhandlungen Hand und Fuß erhielten. Von der Forderung der sozialdemokratischen Partei auf Erlassung der Sachverhalte kam man durch Verhandlungen schließlich auf den Ausweg, die Erlassung der Sachverhalte durch eine Zwangsanleihe zu erreichen. Und je mehr sich der Plan der Zwangsanleihe ausbaute, um so sympathischer wurde er, zumal sich ergab, daß hier eine Einnahmequelle geschaffen wird, die dem Reiche reichliche Mittel zur Verfügung stellt, einerseits den Rest der Mittel nicht nimmt, sondern ihn nur verpfändet, sich an einer Anleihe zu beteiligen. Außerdem wird der Betrag der Zwangsanleihe eventuell verwendet werden können, um einige Steuern, die in der angemessenen Höhe gestrichen werden müssen, zu ersetzen und so ein Defizit zu vermeiden.

40 Milliarden Papiermark soll die Zwangsanleihe erbringen. Ein Kapital, das dem Reiche schleunigst zuzuführen, für das es fünf Jahre hinterzahlt keine Zinsen zu zahlen hat, und das von der Industrie, wie überhaupt vom Kapital, nicht als ein Geschenk an das Reich betrachtet werden muß, sondern als Buchwert in den Bilanzen der einzelnen Unternehmungen erscheinen kann. Die Anleihe ist das Werk der sozialdemokratischen Partei und umbedingt ihr Erfolg. Die Form, wie sie nunmehr von den bürgerlichen Parteien beschlossen worden ist, ist die Basis für das Kompromiß geworden, hat dazu beigetragen, die Verständigung von der Deutschen Volkspartei bis zu der sozialdemokratischen Partei herbeizuführen.

Die Steuerberatungen werden deshalb nunmehr heute im Plenum des Reichstages in zweiter Lesung aufgenommen werden können, und wenn bei der einen oder anderen Steuer auch Abstriche erfolgen, so hat das Reich durch die Zwangsanleihe doch die Sicherheit gewonnen, über reichliche Mittel zu verfügen und den Zahlungs- und Garantievorschlag an die Entente auf Grund bestimmter und fester Einnahmen zu machen. Umbedingt ist die Lage jetzt völlig geklärt, und es ist zweifellos, daß die Parteien, die sich bei den Steuerberatungen auf einer Basis zusammenfanden, auch bestrebt sein werden, die Regierung in allen anderen schwebenden und schwierigen Fragen zu stützen. Man hat der Regierung für ihren Zahlungs- und Garantieplan jetzt gewissermaßen bereits freie Bahn gegeben und wird sie auch darin unterstützen, um gangbare Vorschläge für die Konferenz von Genoa auszuarbeiten.

Zur Sache selbst liegen die folgenden Meldungen vor:

(Eigene Meldung.)

Wie wir in den letzten Tagen wiederholt, informiert von der besten Seite, betonen konnten, wird das Kompromiß trotz aller Gegensätze und Schwierigkeiten zustandekommen. Gestern sind die letzten Hindernisse beseitigt worden, und zwar nach einer eingehenden Besprechung zwischen der Regierung und den bürgerlichen Parteien. Dabei wurde von der Regierung ein Vermittlungsvorschlag gemacht, der die Ausschreibung einer Zwangsanleihe vorsieht und zwar im Betrage von 40 Milliarden Papiermark. Diese Anleihe soll für die ersten fünf Jahre keine Zinsen tragen, dafür soll auf das zweite Drittel des Reichsnoteportals verzichtet werden. Die

Zwangsanleihe soll in enger Verbindung mit der Steuervorlage gebracht werden, aber wegen der technischen Schwierigkeiten erst später zur Durchführung gelangen. Die bürgerlichen Parteien erklärten sich nach kurzer Aussprache bereit, diesen Regierungsvorschlag anzunehmen. Er wurde deshalb als Vorschlag der bürgerlichen Parteien an die sozialdemokratische Partei formuliert und dieser überreicht. Wie wir aus sozialdemokratischen Kreisen hören, steht außer Zweifel, daß die Fraktion der sozialdemokratischen Partei sich bereit erklärt wird, dem Steuerkompromiß mit diesem Vorschlag als Grundlage beizutreten. Die sozialdemokratische Partei hat sofort eine Fraktionsbesprechung einberufen, aber auch die übrigen Parteien traten in den Fraktionen zusammen, um sich mit den Steuervorlagen und dem Steuerkompromiß zu beschäftigen. Deshalb wurde die Reichstags-Sitzung gestern auch bereits um 3 Uhr abgebrochen. So kann schon jetzt mit Bestimmtheit von dem zustande gekommenen Steuerkompromiß gesprochen werden.

Aber die Einzelheiten des vereinbarten Steuerkompromisses wird noch gemeldet: Die Zwangsanleihe soll besonders niedriger verzinst werden, um den Anleihegebern die Möglichkeit zu lassen, ihrerseits Geld durch Anleihe aufzunehmen. Die Veranlagung zur Zwangsanleihe erfolgt, soweit es möglich ist, auf Grund des Verleihungsvertrages über das Reichsnoteportal, solange die neue Vermögensveranlagung noch nicht durchgeführt ist. Bei der Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnoteportals soll es bei der Verzinsung auf 40 Proz. nach der Regierungsvorlage verbleiben. Die Zuschläge zur Vermögenssteuer werden auf 200 Proz. anstatt auf 300 Proz. festgesetzt. Bei der Vermögenssteuer wird der sogenannte mittlere Tarif durchgeführt. Die Nachkriegsgewinnsteuer fällt fort. Über die Wertermittlung bei landwirtschaftlichen Grundstücken nach dem Ertragswert wird durch die Zustimmung im Plenum entschieden werden. Schließlich soll der Reichskanzler die Erklärung abgeben, daß sämtliche Steuererlasse mit ihren Tarifen nachgeprüft werden sollen, ob und inwieweit die Steuererlasse dem heutigen Geldwert noch entsprechen.

Über den Verlauf der Besprechungen des Reichskanzlers mit der Rentalktion und der Reichstagsfraktion der USPD veröffentlicht die „Freiheit“ eine längere Erklärung, in der mitgeteilt wird, daß der Steuerkompromiß der bürgerlichen Parteien in einer gestern abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der Zentralleitung und der Reichstagsfraktion einstimmig abgelehnt wurde. Bei ihrer Stellungnahme sei für die Fraktion entscheidend gewesen, daß die Zwangsanleihe in keiner Weise geeignet sei, eine Sanierung der Reichsfinanzen und daher einen Stillstand der Rentenpresse mit ihrer prästigeernden Wirkung herbeizuführen. Diese Zwangsanleihe würde nicht ausreichen, um die Reparationsleistungen zu decken und würde somit den inneren Bedarf weiter belasten. Abgesehen von den schweren Rängeln des Kompromisses würde die Zwangsanleihe nur eine gewisse Entspannung der Salutschwierigkeiten im Augenblick bringen. Eine Steuerreform, die geeignet sei, die Verschuldung des Reiches zu beseitigen, erscheint der USPD rasch wie vor nur durch folgende Maßnahmen möglich: 1. Sofortige Erhebung der Grundsteuer. 2. Sofortige Erhebung des Restes des Reichsnoteportals. 3. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuer von den Besitzenden. 4. Erhebung der Ausfuhrabgaben und schärfere Erfassung der Auslandsdividenzen.

Groß-Hamburg.

In einzelnen Schleswig-Holsteinischen Blättern ist die Vermutung aufgetaucht, Preußen drabsichtige, ohne Rücksicht auf den Willen der Bevölkerung der Provinz unterdrückt zu werden.

Gebietsteile Schleswig-Holsteins an Hamburg zu willigen. Demgegenüber muß, wie der amtliche preussische Pressedienst schreibt, erneut betont werden, daß Preußen nicht daran denke, den Willen der Bevölkerung der Provinz unberücksichtigt zu lassen.

Zurück zum Metallgeld!

Wir haben vor kurzem mitgeteilt, daß demnächst ein neues Hartgeld aus aluminiumplattiertem Zink in Umlauf kommen soll, und zwar Stücke zu 1, 2, 3 und 5 Mark. Diese Mitteilung hat zweifellos überaus freudige Bemerkungen darüber ausgelöst, daß damit ein erster Anfang zur Beilegung des unheimlichen und infolge der Abnahme auch unheimlichen Papiergeldes gemacht wird, wenn es sich auch zunächst nur um Geld aus unedlem Metall handelt. Im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Reichsregierung zur allmählichen Ablösung des Papiergeldes durch Hartgeld werden die nachstehenden Ausführungen des Volkswirts R. Th. Mathias Kammerbauer unter dieser Überschrift in der „Deutschen Handels-Warte“ (Berlag des Rührberger Bundes, Rührberg, Schoppershofstraße 86/88) macht.

Geld ist dienende Kraft und herrschende Macht. Geld ist der Gegenwert für die Leistung an Kopf- und Handarbeit, die der Mensch unserer Zeit zur Gestaltung und Erhaltung seines Lebens vollbringt. Geld ist nicht Wert an sich, sondern der Ausdruck dieser Leistung und das Abbild des Erfolges, den der Einzelne als tätiges Glied der menschlichen Gesellschaft erringen kann. Mit dem Begriff und der Stofflichkeit des Geldes ist somit Fleiß und Plage, sowie Fleiß und Können, sowie Unterordnung und Bescheidenheit, sowie Spargelüste und Ausdauer menschlicher Energie verbunden, daß alle Ursache besteht, dem durch erbliche Arbeit erworbenen Gelde allergrößte Anerkennung zu zollen.

Haben wir nun diese hohe Meinung vor dem Gelde? Wird das Geld als ein Kraftsammler wirklich so geschätzt, daß mit Schonung, Sorgfalt und Sparlichkeit im Wiederausgeben dieser Kraft umgegangen wird? Mit nichten! Und warum nicht? Weil wir das Vertrauen zu dem Gelde verloren haben, das uns in der Jetztzeit zu Gesicht kommt. Es ist doch nur Papier, meint das schlechte Volksgemüt in dumpfer Resignation. Und das Volksgemüt spricht elementar die Wahrheit aus. Es weiß wohl, daß das Geld ein Wertmesser ist, ein Hilfsmittel, mit dem man sich eine Menge von Dingen kaufen kann, die Herz und Sinne erfreuen. Aber das Volksgemüt findet gerade diesen Wertmesser aus Papier als einen Notbehelf, als eine krankhafte Erscheinung im äußeren Dasein, zu dessen Dauerhaftigkeit es kein richtiges Vertrauen fassen kann. Alles Papier wird als ein Scheinwert angesehen, der keinen vollkommenen Erfolg darstellt für den wirklichen Wert, der von den Menschen am Pfug und Schraubstock, in den Bergwerken und den Kontoren in gewaltigstem Ausmaße täglich von neuem geleistet wird. Aus diesem naturhaften Gefühl heraus entsteht der Drang nach Wiederausgabe dieses Geldes, um sich für die geschaffenen Sachwerte wieder Sachwerte anzueignen. Das ist die Rettung aus der jetzigen Not, in der sich das arbeitende Menschengemüt befindet, das nur dem Schein, zeitlich Starren traut und allen Schein mit Misstrauen verachtet. Aus einer derartigen feierlichen Haltung kann auch kein Parteilich entstehen, keine Bildung von Überschubwerten, kein richtiges Sorgen für das Alter, keine Hochachtung des Geldes und kein würdiges Arbeits- und Lebensbild.

Anders und allmählich besser kann es nur werden, wenn wir wieder zu einer Geldwirtschaft zurückkehren, die sich zu dem Grundsatze bekennt: Geld muß wieder einen inneren Wert haben. Geld darf nicht nur Zahlungsmittel sein, sondern es muß wieder einen Sachwert an sich darstellen, dessen größter Vorzug Erhaltung der Kraft auch in Zukunft ist.

Metallgeld heißt das Mittel, mit dem wir Besserung schaffen. Es ist das einzige Mittel, das uns wieder Respekt vor dem Gelde gewinnen, das uns wieder sagen läßt: Endlich haben wir wieder Werte, mit denen wir hausälterlich umgehen wollen!

Ein weiterer gar nicht hoch genug zu veranschlagender Vorteil der Metallwirtschaft ist der, daß sie der verhängnisvollen Verschlebung im Vermögen der einzelnen Volksglieder Einhalt gebieten würde. Reich ist jetzt nur der Besitzer von Sachwerten, während der Einkommensbesitzer jede Bewegung der Mark mit Angst und Sorge verfolgt. Dies besonders wegen seiner Existenz.